

# Mittelsächsische LinksWorte

24. April 2013

Nr. 68

7. Jahrgang



„Vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat - und zurück?“ - so lautete das provokante Motto einer Podiumsdiskussion am 16. April im Veranstaltungs- und Kulturforum „Stadtpark“ in Frankenberg. Die Rosa Luxemburg Stiftung und das Bürgerbüro des Mitglieds des Landtages und Kreisvorsitzenden der LINKEN, Falk Neubert, hatten die Veranstaltung initiiert. Unter Regie der Moderatorin Susanna Karawanskij diskutierten der emeritierte Professor für Sozialethik und Mitglied der katholischen Ordensgemeinschaft Gesellschaft Jesu (SJ) Friedhelm Hengstbach (links) sowie Bernd Riexinger, gemeinsam mit Katja Kipping Bundesvorsitzender der LINKEN (rechts). Wir berichten in unserer heutigen Ausgabe über die interessante Veranstaltung und deren inhaltliche Schwerpunkte.

## Die drei Titelthemen dieser Ausgabe

### 1. Im Mittelpunkt:

Gibt es ein Zurück vom kapitalistischen Wettbewerbsstaat zum Sozialstaat?

### 2. LINKSfraktion aktuell:

Die Linksfraktion und die Seniorenarbeit im Landkreis Mittelsachsen

### 3. Vor achtzig Jahren:

Die Nazis verreinahmen den 1. Mai und verbieten die Gewerkschaften

2	editorial & geschichtsaufarbeitung
3	kolumne & unentdeckte genossen
4	<b>titelthema 1: vom sozialstaat zum wettbewerbsstaat - und zurück?</b>
6	<b>titelthema 2: fraktion aktuell: heute schwerpunkt seniorenpolitik</b>
8	<b>titelthema 3: ns-terror vor 80 jahren im deutschen reich und in freiberg</b>
9	die grundrechte der frauen teil -1-
10	unsere serie: episoden aus der mittelsächsischen geschichte heute: die besiedlung aus richtung böhmen
11	kreisvorstand & glückwünsche

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 22. Mai 2013. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 15. Mai. Unsere Leser werden herzlich gebeten, für den Druck, die Herausgabe und Zustellung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände zu spenden.

**Spendenempfehlung:** 1,00 Euro.  
Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für die LinksWorte“ sind auch an die folgende Bankverbindung möglich:

**DIE LINKE. Mittelsachsen**  
Kreissparkasse Freiberg  
BLZ: 870 520 00  
Konto-Nr.: 311 502 821 0

Zuschriften mit Polemik und kritischen Hinweisen sind ausdrücklich erwünscht.

Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

## Impressum

**Herausgeber:** **DIE LINKE.**  
**Kreisvorstand Mittelsachsen**

**Postanschrift der Redaktion:**  
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN  
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“  
09599 Freiberg, Roter Weg 41/43  
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56  
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40  
Email: kontakt@dielinke-mittelsachsen.de

**Redaktion:** Ruth Fritzsche, Marco Hinkel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.), Peter Zimmermann

**Layout, Satz und Fotos:** A • Bi • Te  
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske  
Birkenstraße 23b 09557 Flöha/OT Falkenau

**Verlag und Vertrieb:** Eigenverlag und -vertrieb

**Druck:** Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG  
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz.

**Internet:** Die „LinksWorte“ stehen unter [www.links-worte-mittelsachsen.de](http://www.links-worte-mittelsachsen.de) im Internet. Dort ist auch ein Archiv der bisherigen Ausgaben seit 2007 verfügbar.

## aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

bis wenige Tage vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe hat sich der Frühling Zeit gelassen und überließ das Feld dem Winter. Jetzt aber ist er da und der Wonnemonat Mai kündigt sich an. Wir präsentieren uns im neuen Gewand - aus den LinksWorten, gesetzt in Schwarz und Rot, ist eine mehrfarbige Ausgabe geworden. Damit sind allerdings auch die Druckkosten erheblich gestiegen. Wir wären deshalb dankbar, wenn unsere Leserinnen und Leser der Spendenempfehlung folgen würden und monatlich einen Euro für ihre linke Zeitung übrig hätten. Wir möchten uns schon jetzt dafür bedanken.

Im politischen Geschehen rücken die Bundestagswahlen mehr und mehr in den Mittelpunkt. Am 18. April ist der Entwurf des Wahlprogrammes der LINKEN als Leitantrag für den im Juni anstehenden Bundesparteitag veröffentlicht worden. Die Wahlkampagne wird am 17. Juli vorgestellt. Auch im mittelsächsischen Kreisverband ist der Blick bereits auf die bevorstehende Wahlkampagne gerichtet. Ab Anfang Mai wird mit den Informationsständen, die in den drei Altkreisen zur Verfügung stehen, bereits der konkrete Wahlkampf geübt. Die beiden Direktbewerber der LINKEN für die Bundestagswahlen - Lothar Schmidt und Jörn Wunderlich - haben die ersten Aktivitäten hinter sich.

Ein Höhepunkt für den Kreisverband war die Veranstaltung in Frankenberg am 16. April mit dem Vorsitzenden der LINKEN, Bernd Rixinger. Wir berichten auf Seite -4- darüber. Außerdem berichten wir über den aktuellen Stand der Diskussion in der LINKEN zu Änderungen in der sächsischen Verfassung, vor allem im Zusammenhang mit der so genannten Schuldenbremse. Dazu gab es in der Kreisgeschäftsstelle eine Diskussion mit dem Landesvorsitzenden der LINKEN, Rico Gebhardt. Im Mittelpunkt unserer Berichterstattung aus der Arbeit der Kreistagsfraktion steht heute die Beratung der Fraktion am 17. April, welche sich schwerpunktmäßig mit der Seniorenarbeit beschäftigte.

Unser Blick 80 Jahre zurück schildert heute die Vereinnahmung des 1. Mai seit 1933 durch die Nazis, die Zerschlagung der Gewerkschaften am darauffolgenden Tag sowie die Übernahme der Macht durch NSDAP, SA und SS im Frühjahr 1933 in der heutigen Kreisstadt Freiberg.

Unsere Episoden aus der mittelsächsischen Geschichte - sie begleiten uns inzwischen seit genau zwei Jahre - stehen vor ihrem Abschluss. Nach dem heutigen kurzen Abstecher in das böhmische Erzgebirge kehren wir nach Sayda, Neuhausen und Rechenberg-Bienenmühle zurück. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir wie immer viel Spaß bei der Lektüre der (ersten mehrfarbigen) mittelsächsischen LinksWorte.

## im westen nichts neues bei der aufarbeitung der geschichte des 2.weltkrieges

von unserem Redaktionsmitglied Ruth Fritzsche

Zum 70. Jahrestag der Schlacht um Stalingrad brachte das ZDF einen dreiteiligen Film zur Aufführung, der sich mit der Schuld der damaligen jungen Generation - also auch meiner - und der ihrer Eltern auseinandersetzt, die ohne sich zu besinnen, den Vernichtungskrieg gegen die Juden, fast alle Völker Europas, aber ganz besonders gegen die Völker der Sowjet-Union führten. Obwohl ich mir den Film bewusst nicht angesehen habe, weil ich diese grausamen Verbrechen mir einfach nicht mehr anschauen will, habe ich mir gedacht, na endlich kommen die Filmemacher der BRD auch einmal auf den Trichter, die Kriegsverbrechen des deutschen Faschismus, begangen von den von Nazis ideologisch verseuchten einfachen Menschen zu dokumentieren. Lange genug hat man ja darüber eisig geschwiegen. Im Gegenteil: Aus vergangenen Veröffentlichungen ist mir nicht unbekannt, dass man es sogar fertig brachte, den „Heldenmut“ der deutschen Wehrmacht- und SS-Verbände gar Lob zu preisen. Die Treffen der „alten Kameraden“ waren doch gewünscht und wurden hofiert.

Was ich in den über 20 Jahren BRD-Fernsehen feststellen konnte, war ja meistens, die Sowjetunion hat natürlich einen großen Anteil am Sieg der Alliierten über Deutschland - aber sofort ist dann die „Vertreibung“ dran. Kein Wort über die Leiden der mehr als 20 Millionen Sowjet-Bürger, die dem faschistischen Überfall zum Opfer gefallen sind. Denken wir nur an die Leningrad-Blockade.

Als ehemalige DDR-Bürgerin kommt dieses Bekenntnis zu den Naziverbrechen in diesem Film nach 68 Jahren Kriegsende aber ziemlich spät. Wir wurden in der DDR schon zeitig genug mit den Kriegsverbrechen der Nazis konfrontiert. Denken wir nur an die Filme über den Sender Gleiwitz, „Die Abenteuer des Werner Holt“, „Ich war neunzehn“, die 13-teilige Fernsehserie „Archiv des Todes“ oder an solche Bücher wie von Simonow „Man wird nicht als Soldat geboren“, das sich z.B. mit der Stalingrader Schlacht beschäftigt. Also sage ich jetzt mal ketzerisch: Im Westen nichts Neues“.

Jetzt kommt noch das Kurioseste hinzu. Die Ermittlungsorgane der BRD stellen jetzt nach 68 Jahren fest, dass es noch mindestens 50 lebende KZ-Aufseher gibt, die nun ihrer Strafe zugeführt werden sollen. Man stelle sich die Frage, wo haben die denn bisher gelebt, dass sie nicht ermittelt werden konnten.

Für mich ist deshalb klar und eindeutig. Für diese BRD als Staat wurden von Adenauer als Bundeskanzler angefangen, die Kriegsverbrechen der Nazis nicht aufgearbeitet. Im Gegenteil: Ihre Protagonisten kamen in Amt und Würden.

auf seite - drei -  
- immer konsequent links -  
unser monatlicher  
meinungsbeitrag

Zur Zeit beherrschen Themen die Medien, die wenig geeignet sind, in der KOLUMNE verarbeitet zu werden. Was macht man als Kolumnenschreiber in einem solchen Fall. Man kaut am Bleistift. An der Tastatur geht das schließlich schlecht. Aber der Redaktionsschluss naht, und es muss etwas werden. Zum Glück gibt es kleine verborgene Neuigkeiten und Entwicklungen, die es verdienen, ausführlich behandelt zu werden. So hat die KOLUMNE bisher kaum Geschehnisse und Entwicklungen in unserem Kreisverband behandelt. Das soll sich hiermit ändern. Inspiriert von den bevorstehenden Wahlen in diesem und in den beiden folgenden Jahren wurde vom Vorstandvorsitzenden, von Falk Neubert ein Wahlstab ins Leben gerufen. Es ist müßig, dessen Zusammensetzung darzulegen, aber die Tätigkeit der Beteiligten zeigt die ersten Ergebnisse. Mancher mag bedauern, dass der Schwerpunkt in der organisatorischen und nicht so sehr in der politischen Vorbereitung der Wahlen gesehen wird. Nun ja, aber Kraft gibt es immer nur einmal. Aber auch der Stand der organisatorischen Vorbereitungen stellt eine neue Qualität im Kreisverband dar. Im Superwahljahr vor vier Jahren hatten wir Derartiges noch nicht. Mit Zugriff über das Internet stehen nunmehr Arbeitsmittel zur Verfügung, mit deren Hilfe jeder Ortsverband Informationen über Plakate und Wahlzeiten bekommen kann. Wichtiger noch sind die angelaufenen Vorbereitungen für Kommunalwahlen des kommenden Jahres. Ebenfalls zugänglich über das Internet sind Informationen zu den Wahlergebnissen der jüngsten Wahlen zum Kreistag und den Stadt- und Gemeinderäten. Es gibt dort Angaben über die Anzahl der Stadt- und Gemeinderäte und daraus abgeleitet die maximale Anzahl der Listenplätze für jeden Rat.

Wichtig ist nunmehr, dass sich alle Ortsverbände mit diesem Organisationsmittel befassen. Es stellt den Auftakt für die Kandidatengewinnung dar. Augenmerk ist der möglichen Anzahl von Kandidaten zu schenken. Eigentlich sollte bekannt sein, dass jeder besetzte Listenplatz mehr von Vorteil ist. Jede Stimme für einen unserer Kandidaten, auch wenn er nicht gewählt wird, bestimmt, wie viele Sitze wir im Kreistag, im Stadt- oder Gemeinderat haben. Rechtzeitige Kandidatenwerbung für eine möglichst lange Liste, ist nicht ohne erheblichen Einfluss auf die Stärke unserer Partei. Es gibt bereits beachtliche Beispiele bei der Listenaufstellung. Insofern ist es an der Zeit, in den Grundorganisationen mit der Wahlvorbereitung zu beginnen. Das Aufhängen von Plakaten und das Verteilen von Wahlwerbmitteln sowie Informationsstände stellen den Schlusspunkt dar. Wirksamer und wichtiger ist die Kandidatenwerbung. (mm)

von unserem Redaktionsmitglied  
Michael Matthes

In der Redaktionssitzung zur Vorbereitung der Aprilausgabe kam die Diskussion auf die erfolgte Vergabe des Andreas-Möller-Geschichtspreises 2012 und darauf, dass einer der drei ausgezeichneten unser Genosse Werner Stascheit aus Mittweida-Lauenhain sei. „Schreibe ein Porträt!“ – so der Auftrag des Chefredakteurs. Also ans Werk, zunächst in Google. Die Suchworte „Andreas“ und „Möller“ lieferten zahlreiche Treffer zu einem inzwischen verblassten Fußballstern. Mit „Geschichtspreis“ wurde es dann kürzer und präziser. In Wikipedia: „Der Altertumsverein e.V. vergibt seit 2002 unterstützt von der Stiftung Kunst und Kultur der Sparkasse Mittelsachsen alljährlich den Andreas-Möller-Geschichtspreis.“ Der Namensgeber ist Andreas Möller (1598 bis 1660), Konrektor der Lateinschule in Freiberg und 1653 Herausgeber der Chronik Theatrum Freibergense Chronicum. Mit der Vergabe des Preises an Werner Stascheit wurde die Autorschaft an den beiden Bänden „Die Bürgermeister der Stadt Mittweida 1833 – 2001“ gewürdigt.

Um es vorweg zu nehmen – aus dem Porträt wurde nichts. Zwar war zu erfahren, dass Werner an der Mittweidaer Hochschule zum Diplom-Ingenieur für elektronischen Gerätebau ausgebildet wurde, dass er dann später zum Parteisekretär dort gewählt wurde und dass er damit verbunden ein zweites Diplom als Gesellschaftswissenschaftler erwarb. Hier ist der Ursprung von Werners Tätigkeit als Historiker. Seine Promotionsarbeit war einreichungs- und verteidigungsreif, als die „Wende“ über uns und damit auch über ihn kam. Werner verzichtete in weiser Voraussicht, dass es ein Parteisekretär bei den neuen Hochschulherren schwer haben würde, ein würdevolles Promotionsverfahren zu bekommen. Geblieben aus dieser Zeit ist sein Interesse für die Geschichte der Mittweidaer Hochschule in der sich entwickelnden Industrie – in Mittweida war es die Textilindustrie – entstand Bedarf an Fachkräften mit einer Ingenieurausbildung. So gründeten vor allen Dingen Gewerbetreibende und fortschrittliche Unternehmerpersönlichkeiten einen „Verein zur

Unterstützung und Förderung des hiesigen Technikums“. Dieser Verein entwickelte und finanzierte bis 1874 das entstehende Technikum. Aus dieser Konstellation resultierte von Anfang an die enge Verbindung zwischen Ausbildung und Praxis. Das war eine Vorwegnahme der Stellung der Mittweidaer Einrichtung und ähnlich profilierter als Ingenieurschule in der DDR, als es angestrebtes Ziel war, Facharbeitern mit Berufserfahrung den Weg zu einem Ingenieursabschluss zu ebnen. Bemerkenswert von Anfang an die Internationalität der Studentenschaft. So hatte die Stadt Mittweida am Ende des Jah-



Genosse Werner Stascheit

res 1900 1.700 Studenten in ihren Mauern, davon ein Ausländeranteil von vierzig Prozent. Mit einem Schmunzeln berichtete Werner Stascheit, dass die Vermieter der Studentenbuden oft ihren Ehrgeiz darin sahen, die Töchter „an den Mann zu bringen“. So dürften viele Stammbäume in der Welt Mittweidaer Elemente beinhalten.

Ein hochinteressantes Kapitel der Verbindung von Lehre und Praxis stellte eine Einrichtung dar, die unter dem Namen „Präzise“ Geschichte geschrieben hat. Heute würde man sagen, die Präzise war eine Ausgründung des Technikums. Das Technikum gründete Werkstätten, die den Bau von wissenschaftlichen Geräten und Präzisionsgeräten betrieb. Das war der direkte Weg der Überleitung von Ergebnissen der Forschungs- und Entwicklungsarbeit in die gewerbliche und industrielle Anwendung. Die Studenten konnten bei Praktika praxisnahe Erfahrungen sammeln, die ihnen später bei

ihrem Einsatz in den Betrieben zu Gute kamen. Das dürfte den „Wert“ von Mittweida-Absolventen in den Unternehmen beträchtlich gesteigert haben. Aber noch etwas Anderes ist mit der Präzise verbunden. Und zwar unterhielt man dort Lehrwerkstätten. Man bildete Facharbeiter in den technisch orientierten Berufen aus. Das Niveau der Lehrausbildung dürfte nicht unwesentlich von den Ansprüchen des Technikums bestimmt gewesen sein. Und was besonders ins Gewicht fiel: Den begabtesten und ehrgeizigsten Lehrlingen stand der Weg zu einer Ingenieurausbildung am Technikum offen. Auch hier findet sich ein Ursprung des in der DDR praktizierten Berufsausbildungssystems, bei dem die Berufsschule mit ihrer theoretischen und berufspraktischen Ausbildung bei den Industriebetrieben angesiedelt war. Vielleicht wird das viel gelobte und „weltbeste“ Duale System der Berufsausbildung in der Zukunft von diesem dann von einem CDU- oder SPD-Minister aus dem Westen neu erfundenen System, das in der Präzise seinen Anfang nahm, abgelöst. Wie bei dem gesetzlichen Anspruch auf einem Kindergartenplatz wird dann mancher ältere Ossi in sich hinein schmunzeln und vor sich hin murmeln: „Das hatten wir doch auch schon.“

Bei dem Ganzen ist nun die Würdigung von Werner Stascheit zu kurz gekommen. Aber ein Bisschen trägt er auch selbst die Schuld. Schließlich waren es die interessanten und fesselnden Ausführungen zu seinen geschichtlichen Betrachtungen in einer ganzen Reihe von Publikationen, die den Berichterstatte der LinksWorte von seinem Auftrag abbrachten.

Diesem Beitrag sind einige Publikationen angefügt, die Werner selbst oder mit anderen verfasst hat.

1. Vom Technikum zur Hochschule – 125 Jahre technische Bildung in Mittweida (z.Zt. vergriffen)
2. 100 Jahre Lehr- und Fabrikwerkstätten – die „Präzise“ im Wandel der Zeit
3. Heimatbuch Mittweida – Beiträge zur Stadtgeschichte
4. Zur Geschichte der Stadt Mittweida

Die Bücher sind im Rathaus der Stadt Mittweida erhältlich.

## gibt es in unserer gesellschaft ein „zurück“ zum sozialstaat?



von Hans Weiske

Für den großen Saal des Veranstaltungs- und Kulturforums „Stadtpark“ in Frankenberg hat die Resonanz zwar nicht gereicht, aber immerhin waren über 60 Interessierte, größtenteils Mitglieder der LINKEN gekommen, um bei der von der Rosa-

Luxemburg Stiftung Fragen, aber das muss nicht unbedingt ein Nachteil sein, wenn die Argumente klar formuliert werden und nicht ständig ins Wort gefallen wird. Zumal beide unterstrichen, dass zu 90 Prozent Übereinstimmung in den Auffassungen vorherrsche.

Inhaltlich ging es um die provokante Fragestellung: „Vom Sozialstaat zum Wettbewerbsstaat -

Landsdorff (FDP) und Gerhard Schröder (SPD) aus und wies das Argument zurück, entscheidend für den Weg der Bundesrepublik zum Wettbewerbsstaat in einer marktradikalen kapitalistischen Gesellschaft sei das Ende der DDR und den sozialistischen Lagers gewesen. Dieser Prozess habe schon wesentlich eher eingesetzt.



Podiumsdiskussion am 16. April im „Stadtpark“ zu Frankenberg. Dabei waren der Jesuit und Sozialethiker Prof. Dr. **Friedhelm Hengsbach** aus Ludwigshafen, Mitglied des wissenschaftlichen Beirates von Attac, sowie der Vorsitzende der LINKEN, **Bernd Riexinger**. Unter Regie der Moderatorin **Susanna Karawanskij** ging es in abwechselnden Monologen der beiden Disputanten vor allem um die heutige unsoziale Wettbewerbsgesellschaft.

Luxemburg Stiftung und dem Abgeordnetenbüro von Falk Neubert organisierten Podiumsdiskussion mit einem anerkannten katholischen Sozialethiker und dem Ko-Vorsitzenden der LINKEN dabei zu sein. Und sie wurden nicht enttäuscht. Zwar ähnelte die Podiumsdiskussion in großen Passagen eher der Aufeinanderfolge von Statements der beiden Disputanten zu den von der Moderatorin aufgeworfenen

und zurück?“. Wobei sich in der Diskussion herauschälte, dass es ein „zurück“ zum Sozialstaat unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht geben dürfte. Dabei sah Riexinger übrigens eine gute Chance für die LINKE, sich als einzig soziale Partei Gehör zu verschaffen.

Friedhelm Hengsbach machte als programmatische Totengräber des west-(bundes-)deutschen Sozialstaates Otto Graf

Wie gesagt, mehrfach wurde die große Übereinstimmung der Auffassungen betont. Das betraf auch die Meinung, den Wert der menschlichen Arbeit ausschließlich auf die Erwerbsarbeit zu reduzieren. Einigkeit zwischen Hengsbach und Riexinger herrschte auch bei der Frage nach dem bedingungslosen Grundeinkommen. Beide lehnten es als Weg zum Sozialstaat grundsätzlich ab.

## Gründung eines Seniorenbeirates in der Großen Kreisstadt Rochlitz

von Jana Lang,  
Stadträtin der Fraktion DIE LINKE

Bezug nehmend auf die Landesseniorenkonferenz im Jahr 2012 wurde auch die Wichtigkeit eines Seniorenbeirates in den Kommunen erörtert.

Auch wir Linke der Großen Kreisstadt Rochlitz hatten uns das zum Ziel gesetzt. In der vergangenen Stadtratssitzung haben wir diese Empfehlung deshalb an den gesamten Stadtrat und die Verwaltung ausgesprochen. Im Gegensatz zu anderen Kommunen wurde unser Vorschlag hier von beiden Seiten wohlwollend aufgenommen.

Auch unsere Bevölkerung wird zunehmend älter und es ist unsere Pflicht deren Interessen und Bedürfnissen Aufmerksamkeit zu schenken. Sie sollen aktiv an der Entwicklung und Gestaltung unserer Stadt und am politischen Geschehen teilhaben dürfen. Ihre Probleme, Sorgen und Wünsche müssen ernst genommen werden. Dabei können auch die jüngeren Abgeordneten von der Lebenserfahrung der älteren Generation profitieren, das Verständnis füreinander und das Miteinander werden gestärkt. Nicht nur Themen wie altersgerechtes Wohnen, Gesundheitsfragen, Verbraucherschutz, Kriminalität bereiten Senioren Schwierigkeiten, oft sind es ganz alltägliche Probleme, mit denen sie sich auseinandersetzen müssen, Dinge, die den jüngeren Menschen oft gar nicht bewusst sind. Genau aus diesem Grund brauchen unsere Senioren eine Lobby. Wir freuen uns auf eine gute Zusammenarbeit!

*Intelligente Fehler zu machen ist eine große Kunst.*

Federico Fellini

*Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel.*

Paul Watzlawick

*Der moderne Mensch wird in einem Tätigkeitstaumel gehalten, damit er nicht zum Nachdenken über den Sinn des Lebens und der Welt kommt.*

Albert Schweitzer

## Gesprächsrunde mit dem Landesvorsitzenden

### Aktuelle Dokumente zum Vorschlag von Änderungen der Sächsischen Verfassung

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag



Am 18. März machte der Landesvorsitzende Rico Gebhardt auf seiner Tour durch Sachsen auch Station in Freiberg. Kurzfristig wurde in der Kreisgeschäftsstelle ein Termin für eine lockere Gesprächsrunde zum Thema „Schuldenbremse“ (eigentlich zu einem gemeinsamen Vorschlag der Landtagsfraktionen ohne NPD zu Änderungen der Sächsischen Verfassung, siehe oben) vereinbart. Dabei informierte Gebhardt über vorgesehene Beratungen als Antwort auf einen beantragten Mitgliederentscheid. Das in den darauffolgenden Tagen erreichte Ergebnis dokumentieren wir untenstehend.

Am 21. März 2013 fand auf Einladung des Landesvorsitzenden Rico Gebhardt in der Dresdner Dreikönigskirche - dem Ort an dem 1992 die gegenwärtige Sächsische Verfassung beschlossen wurde - eine Verständigung aller Kreisvorsitzenden und weiterer Vertrauenspersonen über den Umgang mit den beiden vorliegenden Anträgen auf Durchführung eines Mitgliederentscheids statt. Im Ergebnis einer fünfstündigen Diskussion wurde unter Moderation des Landesvorsitzenden eine Einigung erzielt.

Rico Gebhardt resümierte: „Beide Initiativen für einen Mitgliederentscheid, die von jeweils vier Kreisvorsitzenden vertreten worden sind und damit das vorgeschriebene Quorum erfüllen, haben jetzt ihre Bereitschaft signalisiert, vorläufig auf die Durchführung eines Entscheides zu verzichten. Stattdessen soll

der Gesetzentwurf, mit dem die Vereinbarung über Änderungen der sächsischen Verfassung parlamentarisch umgesetzt wird, auf Partei-Regionalkonferenzen zur Diskussion gestellt werden. Anschließend kann gegebenenfalls ein Landesparteitag zu diesem Thema stattfinden. Darüber entscheidet der Landesvorstand zu gegebener Zeit in enger Abstimmung mit den Kreisvorsitzenden.“

Diesem Ergebnis der Beratung der Kreisvorsitzenden folgte am nächsten Tag auf Empfehlung des Landesvorsitzenden auch der Landesvorstand der sächsischen LINKEN und beschloss, dass in Rückkopplung mit der Landtagsfraktion kurzfristig diese fünf thematische Regionalkonferenzen organisiert werden. Damit wurde dem offenkundig bestehenden Bedürfnis der Parteibasis, an der Diskussion über die Verhandlungsergebnisse und die Reaktionen darauf intensiv beteiligt zu werden, entsprochen.

## Mitgliederversammlung in der „Wolfsschlucht“



Am 20. März trafen sich die Genossinnen und Genossen des Ortsverbandes Geringswalde im Restaurant „Zur Wolfsschanze“ direkt am Markt zu ihrer planmäßigen Mitgliederversammlung. Rainer Eckert, Mitglied des Kreistages und ehemaliger Bürgermeister der Stadt, sprach zu aktuellen kommunalen Fragen und der Haltung der Linksfraktion im Stadtrat dazu. Dann gab es noch einen Fototermin für die Vorbereitung eines Flyers, in welchem sich u.a. die Stadtratsmitglieder und neue Kandidaten für künftige Wahlen vorstellen. Ins Auge fallen dabei die vielen jungen Mitstreiter der LINKEN.

## Bild dir ( )eine Meinung

*polemische Anmerkung unserer Leserin Jana Lang, Stadträtin der LINKEN in Rochlitz*

Irgendwelcher Ärger plagte meine Bekannte, als wir uns zufällig trafen. Sie schimpfte auf Alles und Jeden. Und dass die Abgeordneten sich gerade wieder kräftig ihre Diäten erhöhen wollen, während bei ihr noch nicht mal der Mindestlohn angekommen sei. So fragte ich sie, ob sie denn das Abgeordnetengehalt nehmen würde, sofern sie eine(r) wäre. Ich hatte genau mit diesem spontanen „Ja“ gerechnet.

Ich bohrte weiter, was sie denn daran hindere, sich in die Politik aktiv einzubringen und all die Dinge, die sie so verärgerten, mit zu verändern. Da wurden die Töne schon leiser. „Was soll man den da verändern, die da oben sind doch alle gleich!“ Ich

hakte nach: „Wen hast du denn gewählt?“. Meine Erwartungen, dass sie überhaupt nicht zur Wahl gehe, wurden noch getoppt. „Ich wähle rechts aus Protest, damit die mal merken, dass wir uns nicht mehr alles gefallen lassen!“

Das hat gesessen !!!

Loht sich jetzt hier noch mein Protest? Gedanken, wie „Dummheit ist nicht heilbar.“ kursierten in meinem Kopf. Aber ich bin nicht diejenige, die das unkommentiert im Raum stehen lässt. Und es kam mir total gelegen, dass sie sich gerade nicht entscheiden konnte, ob sie nun Döner, Pizza oder Bratnudeln essen sollte.

seniorenarbeit im mittelpunkt einer öffentlichen fraktionssitzung der linksfrak-

**M**it vielen Dingen hat sich bisher die Kreistagsfraktion beschäftigt. Diesmal stand die Problematik der Seniorenarbeit im Landkreis Mittelsachsen auf der Tagesordnung. Dazu haben wir zu einer öffentlichen Fraktionssitzung eingeladen. Üblicherweise sind wir zu solchen öffentlichen Fraktionssitzungen im Landkreis unterwegs. Als Lokalität haben wir Rochlitz gewählt. Zum einen, weil der Rochlitzer Ortsverband ungemein engagiert arbeitet, aber auch weil es mit der Krankenhausproblematik einen großen Ansatzpunkt für das Thema der Sitzung gab. Unserer Einladung waren ungefähr 40 Gäste gefolgt. Somit war auch mit einer konstruktiven Diskussion zu rechnen. Unsere Fraktionsmitglieder haben sich einzeln vorgestellt und Einblicke in ihre Arbeit in den Gremien des Kreistages und seiner Unternehmen gegeben. Natürlich auch vorrangig mit der Sicht auf unsere älteren Bürger.

Nach der Kreisgebietsreform im Jahre 2008 gibt es noch zehn Landkreise sowie drei kreisfreie Städte in Sachsen. **In allen kreisfreien Städten sowie in fünf Landkreisen wurden Seniorenbeiräte eingerichtet. In unserem Landkreis nicht.** Unser Landkreis ist der einzige, der mit nur drei Ausschüssen arbeitet. Dadurch wird das Potential von ungefähr der Hälfte der Kreisräte nicht ausgeschöpft. Dafür müssen sich einige Kreisräte mit einer größeren Bandbreite von Aufgaben befassen. Zu diesem Thema wird in der nächsten Ausgabe der LinksWorte ein ausführlicher Artikel erscheinen.

Die Einführung gab unser langjähriges Fraktionsmitglied, **Rainer Eckert** aus Geringswalde. Er gab uns auch einige Hinweise zu Arbeitspapieren für die Seniorenarbeit. Diese sind online einsehbar. Viele Bürger werden den Ausdruck „demografische Entwicklung“ nicht mehr erhören können. Aber genau dies ist ein

wichtiger Punkt, um die künftigen Aufgaben abschätzen zu können.

Entwicklung der Bevölkerungszahlen im Landkreis Mittelsachsen:

**1990**  
395.731 Einwohner

**2011**  
324.904 Einwohner

**davon über 65 Jahre alt:**  
82.747 Frauen und Männer, das entspricht 25,5 Prozent der Bevölkerung.

Während unser Landkreis immer weniger Einwohner hat, erhöht sich deren Anteil erheblich. Das liegt zum einen an der negativen Entwicklung des Arbeitsmarktes nach der politischen Wende. Dadurch fehlt uns eine ganze Generation. Zu anderen verbesserte sich die medizinische Betreuung und die Lebenserwartung stieg in den letzten Jahren enorm. Schon jetzt sind ein Viertel unserer Bürger älter als 65 Jahre. Und diese Altersgruppe stellt ganz andere Anforderungen an einen „lebenswerten Umraum“ als die jüngere und mobilere Generation.

Die Bundesregierung hat dies sicherlich erkannt und zeigt dies an ihrem Papier „Demografiestrategie der Bundesregierung, jedes Alter zählt“. Dort sind beispielsweise folgende Punkte aufgeführt:

„Das Ministerium verfolgt mit seinem Programm vier zentrale Ziele:

1. Bedarfsgerechte Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge zu gewährleisten
2. Wohnen und Wohnumfeld altersgerecht und attraktiv zu gestalten
3. Mobilität in jeder Region und bis ins hohe Alter zu ermöglichen
4. Verkehrsinfrastruktur nachfrage- und demografieorientiert weiterzuentwickeln.

Nun sind das sicherlich sehr gute und richtige Ansätze. Nur leider fehlen in den Kommunen schlichtweg die finanziellen Mittel, um diese Punkte umzusetzen. So hat beispielsweise die Diskussion ergeben, das man durchaus mit Vermietern reden kann um Wohnungen barrierefrei umzugestalten. Jedoch würde sich dadurch der Mietpreis enorm erhöhen. Und dies wiederum kann von den betroffenen Bürgern einfach nicht gestemmt werden. Es wäre wünschenswert, wenn es hier durch die ständig größer werdenden Nachfrage, auch mehr entsprechenden Wohnraum geben würde und sich die Mietpreise im machbaren Rahmen bewegen würden. Aber dies ist wohl im Rahmen der Marktwirtschaft nicht möglich. Wir als Mitglieder in Stadt- und Gemeinderäten sollten darauf achten, dass in kleinen Schritten in unseren Städten und Gemeinden das Mögliche getan wird, um diese Ziele zu erreichen.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die bereits in der derzeitigen Legislatur die Seniorenarbeit in ihrem Wahlprogramm verankert hat. Und so sieht es auch in der derzeitigen politischen Arbeit aus. Wir sind die einzige Fraktion, die mit solchen Themen an die Öffentlichkeit geht um auch die Meinung der Bürger zu erfragen. Nur wir haben uns im Rahmen einer öffentlichen Fraktionssitzung dem Landesentwicklungsplan gestellt. Ist doch dieser das Instrument der sächsischen Landesregierung, um infrastrukturelle Maßnahmen zu erarbeiten.

**Der Landesverband der LINKEN hat sich auch ausführlich mit dem Thema befasst und dazu Thesen in den kommunalpolitischen Leitlinien erarbeitet:**

„Städte, Gemeinden und Landkreise müssen sich als moderne Dienstleister vor Ort entwickeln und entsprechende Angebote auch bei zurückgehender Bevölkerung in der Fläche vorhalten. Die kommunale Daseinsvorsorge umfasst gegenwärtig die Bereiche Wohnen, Bildung, medizinische

Versorgung, Kultur, soziale Sicherung, ÖPNV, Abfallbeseitigung, Abwasserentsorgung, Wasser- und Energieversorgung sowie Breitbandkommunikation und entwickelt sich dynamisch. Eine leistungsfähige Kommunalwirtschaft ist die tragende Säule der Daseinsvorsorge. Sie ist für die Grundversorgung unentbehrlich, erbringt einen wesentlichen Beitrag zur Stabilisierung der Kommunalfinanzen und umfasst wichtige Steuerungsfunktion.“

Der sächsische Städte- und Gemeindegtag hat mit „Kommune 2020“ ein Konzept zur regionalen Entwicklung erarbeitet. Dies ist ebenfalls sehr löblich. Nur auf Grund der unzureichenden finanziellen Ausstattung unserer Städte, Gemeinden und Landkreise nur eine Willensbekundung und kein durchsetzbares Programm. Auch widerspricht es in Teilen dem Landesentwicklungsplan, welcher durch die sächsische Landesregierung erarbeitet wurde.

Rainer Eckert hat einmal an Hand seiner Heimatstadt Geringswalde aufgeführt, welche Maßnahmen zur Barrierefreiheit bereits umgesetzt wurden und welche Maßnahmen noch umzusetzen sind. Dies ist sicherlich ein wertvolles Arbeitspapier auch für andere Städte. Gern steht Rainer Eckert für interessierte Bürger bereit um seine Erfahrungen auf diesem Gebiet weiterzuerreichen.

Als nächster hat sich **Peter Krause** aus Roßwein vorgestellt. Er ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Verwaltungs- und Finanzausschuss, Aufsichtsrat der Kreissparkasse Döbeln und Mitglied in vielen Vereinen. Zum Kreissportbund hat dessen langjähriger Vorsitzender **Rüdiger Borck** seinen Bericht an Peter Krause übergeben und diesen um das Vortragen gebeten. Der Kreissportbund Mittelsachsen vereinigt 407 Vereine. In diesen sind 44.900 mittelsächsische Bürger Mitglieder. Das sind 14% aller Bürger unseres Landkreises sind Mitglied in einem Sportverein.

tion in rochlitz - unser redaktionsmitglied sabine lauterbach berichtet ausführlich

Davon sind 13.440 Jugendliche. Was wiederum rund 30% der Gesamtmitglieder ausmacht. Nun hat unser Landkreis sicherlich durch die Grenznahe ein nicht zu unterschätzendes Drogenpotential. Aber genau diese Jugendlichen werden durch den Sport vom Drogenkonsum abgehalten, was wiederum einen äußerst positiven Aspekt darstellt. Eine große Aufgabe des Kreissportbundes ist der Erhalt der Sportanlagen. Dafür stehen in diesem Jahr im Kreishaushalt 340.350 € zur Verfügung. Nun ist auch hier zu sagen, dass durch die demografische Entwicklung die Mitglieder in den Sportvereinen nicht jünger werden.

Peter Krause stellt auch seine Arbeit als Verwaltungsrat der Kreissparkasse Döbeln vor. Die Sparkasse hat in den letzten Jahren positiv gewirtschaftet und erzielte Gewinne dem Kreishaushalt zugeführt. Die Problematik der Pfändungsschutzkonten kamen vor allem durch Peter Krause ständig auf die Tagesordnung. Der Klage und richterlichen Beschluss gegen die Kreissparkasse Döbeln hätte man aus dem Wege gehen können, wenn man eben einmal einem linken Abgeordneten gefolgt wäre. Die Kreissparkasse Döbeln ist in der Fläche sehr intensiv tätig. Eine Ausdünnung des Filialnetzes wird Peter Krause nicht zulassen. Viele Filialen sind behindertengerecht ausgebaut.

Johannes Kretzer aus Freiberg ist ebenfalls stellvertretender Fraktionsvorsitzender und neben seiner Tätigkeit im Ausschuss für Umwelt und Technik noch Mitglied des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Mittelsachsen. Auf sein Drängen hin wurde im Landkreis ein **Behindertenbeirat** einberufen. Dieser ist sicherlich nicht das liebste Kind des Landrates Uhlig. Als Mitglied des Verwaltungsrates der **Kreissparkasse** wird auch er sich vehement gegen eine Schließung von Filialen einsetzen. Allerdings sieht er auch als Betriebswirt solche Angelegenheiten von der wirtschaftlichen Seite. Auch der Sparkassenbus, der

die ländliche Bevölkerung mit Bankdienstleistungen versorgt muss erhalten bleiben. In der Sparkasse Mittelsachsen wurden die Kosten für die Pfändungsschutzkonten nicht auf die Bürger umgelegt. Hier wurden die geschätzten 80 T€ ohne Diskussion von der Sparkasse getragen. In der Vergangenheit hat die Kreissparkasse regelmäßig Gewinne an den Landkreis übertragen. In den letzten zwei bis drei Jahren sind diese Überschüsse jedoch in die Rücklage gegangen um Sicherheiten zu gewährleisten. Die Kreissparkasse Mittelsachsen unterhält folgende vier Stiftungen:

1. Jugend und Sport
2. Kunst und Kultur
3. Technische Universität
4. Umwelt und Soziales

Damit können gezielt Gewinne in regionale Maßnahmen umgesetzt werden. So wird beispielsweise Kindern und Jugendlichen der Zugang zu Museen und Schauspiel ermöglicht. Der Mittelsächsische Kultursommer wird ebenso unterstützt. Die Diskussion hat die seit letzten Jahr erhobenen Kontoführungsgebühren für die gemeinnützigen Vereine angeregt. Es ist nicht schön, dass diese Vereine nun jeden Monat acht Euro zahlen müssen. Auch hier ist festzustellen, dass Vereine mit einem höheren Altersdurchschnitt das gewünschte Onlinebanking einfach nicht realisieren können. Hier sollte Johannes Kretzer den Aufwand und Nutzen bei der Sparkasse hinterfragen.

Zum **Thema Behindertenbeirat** ist das derzeit größte Problem, wie die behindertengerechte Erreichbarkeit aller Zweigstellen des Landratsamtes umgesetzt werden kann. Dabei ist das immer noch fehlende Standortkonzept hinderlich. Zu barrierefreie Zugänglichkeit von Bushaltestellen, Bahnhöfen und Bussen ist ein weiteres Thema. Hier wird intensiv gearbeitet und bei Investitionen darauf geachtet, dass die Vorgaben eingehalten werden.

Die Problematik der **Altenpflege** ist in den letzten Jahren nicht mehr betrachtet worden. Mitte der Neunziger Jahre wurde ein Altenpflegeplan von der sächsischen Staatsregierung gefordert. Als diese Forderung auslief, wurde dazu auch nichts Konkretes von Seiten des Landratsamtes geleistet.

Der Themenkreis **Kultur** wurde vom Freiburger **Achim Grunke** erläutert. Nach dem sächsischen Kulturraumgesetz ist die Kultur eine Pflichtaufgabe der Städte und Gemeinden. Der Landkreis unterhält zwei Einrichtungen. Zum einen die Theater und Philharmonie gGmbH. Diese gehört zu je einem Drittel den Städten Döbeln und Freiberg sowie dem Landkreis Mittelsachsen. Das Gesamtbudget in Höhe von ca. 10,5 Mio. € wird zu ca. 75% von den Personalkosten verbraucht. Auffallend sind das dafür nur eine Hand voll Mitarbeiter für die Verwaltung tätig sind. Die zweite Einrichtung ist die Kultur GmbH, welche eine 100%-ige Tochter des Landkreises ist. In dieser sind unter anderem die Kreismusikschule, die Volkshochschule, Fahrbibliothek, Rochlitzer Bibliothek sowie das medienpädagogische Zentrum integriert. Dieses unterstützt beispielsweise Schulen mit modernen Bildungsmitteln, welche ausgeliehen werden können.

Die Struktur der **Abfallentsorgung** im Landkreis erläuterte unser Freiburger Fraktionsmitglied **Uwe Fankhänel**. Er stellte auch heraus, dass durch die Abfallentsorgung keine Gewinne erzielt werden dürfen, weil diese ja versteuert werden müssten. Demzufolge ist eine genaue und gründliche Kalkulation der gesamten Kosten erforderlich. Unser Landkreis hat sehr günstige Abfallgebühren wenn man uns mit anderen sächsischen Landkreisen oder sogar deutschlandweit vergleicht.

Die Problematik der **Krankenhauslandschaft** wurde vom Fraktionsvorsitzenden, **Jens Stahlmann** aus Hainichen erläutert. Das Thema Erhalt des Krankenhauses mit allen drei

Standorten wird uns auch in den nächsten zwei bis drei Jahren beschäftigen. Aktuell wird eine Absetzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung diskutiert. Dies ist im Übrigen eine Forderung der Rechtsaufsicht, da kommunalrechtlich erforderlich. Die Gesellschafterversammlung soll künftig nur noch aus den beiden Gesellschaftern, einerseits dem Landrat Uhlig andererseits Dr. Kleinertz als Anteilseigner bestehen. Wie sich der künftige Aufsichtsrat aufstellt, steht noch nicht fest. Die sehr ausführliche Diskussion ergab, dass es wichtig ist, dass sich alle Beteiligten gemeinsam an den Tisch setzen müssen, um Strategien für einen dauerhaften Erhalt der Einrichtungen zu erarbeiten. Und dies muss sehr schnell geschehen! Derartiges Ansinnen aus Richtung Rochlitz wurde bisher vom Landrat Uhlig und dem Geschäftsführer, Jens Irmer, ignoriert. Nun soll es auf Drängen des Rochlitzer Stadtrates nächste Woche eine Zusammentreffen der Beteiligten geben.

Den Abschluss in der Vorstellung macht **Ruth Fritzsche** aus Freiberg. Sie ist die größte Streiterin unserer Partei für die Seniorenpolitik. Auf ihre Initiative wurden in mehreren Städten des Landkreises Seniorenbeiräte ins Leben gerufen. Und gerade dies wurde auch als Ergebnis der Sitzung gesehen. In unserem großen Landkreis ist wirklich nachhaltige Arbeit eines Seniorenbeirates fraglich. Um dies besser abschätzen zu können, wird sie sich künftig mit den Seniorenbeiräten der anderen sächsischen Landkreise verständigen. Sicherlich können örtliche Seniorenbeiräte wesentlich besser Aufgaben erfüllen, weil die regionalen Gegebenheiten eben verschieden sind. Oft kann mit kleinen Mitteln Abhilfe bei Problemen geleistet werden.

**Termine:**  
 19.06.2013: **Fraktionssitzung zum Kreistag**  
 26.06.2013: **Kreistag**

**vor 80 jahren - die faschisten im erbarmungslosen vormarsch, im deutschen reich und auch in freiberg**

Der aus den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 relativ gestärkt hervorgegangene Reichskanzler Adolf Hitler hatte mit dem „Ermächtigungsgesetz“ vom 24. März das Parlament ausgeschaltet. Am 1. April hatte mit einem Boykott der jüdischen Geschäfte die demonstrative Ausgrenzung der Juden begonnen. Nach der Ausschaltung der Kommunisten und Sozialdemokraten gingen die Nationalsozialisten nun gegen die neben den Kirchen mächtigste, vom neuen Regime unabhängige Kraft vor: die Gewerkschaften. Die feierten am 1. Mai tradi-

mals die größte Organisation der Welt. Die Reichshauptstadt Berlin war am 1. Mai mit Fahnen, Girlanden und Spruchbändern geschmückt. Am Nachmittag waren bereits weit über eine Million Menschen auf dem Tempelhofer Feld versammelt. Die Arbeiter hatten am Morgen in ihren Betrieben antreten müssen und waren dann in geschlossener Formation auf das Flughafengelände marschiert, wo sie in zehn großen Blöcken Aufstellung nahmen. Am Abend sprach Hitler zu den Massen und verkündete ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm



Diesem Buch - herausgegeben im Jahr 1986 - haben wir die beiden Bilder und die Kurzinformation zum Beginn der Naziherrschaft entnommen.



Mit farbigen Propaganda-Drucken wie diesem - nachempfunden einem Gemälde zum Aufmarsch der Millionen am 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin - brachten die Nazis ihre totalitäre Ästhetik unter das Volk. Vorausgegangen waren die Boykottmassnahmen gegen jüdische Geschäfte ab 1. April (oben rechts). Bereits am 2. Mai, dem Tag nach dem „Feiertag der nationalen Arbeit“ wurden die Gewerkschaften zerschlagen (oben links).

Fotoquelle: Bildarchiv Preussischer Kulturbesitz



Freiberg im Jahr 1933. Oben der Vorbeimarsch der SA am 31. Januar 1933 (dem Tag der Machtergreifung Hitlers) auf dem Obermarkt zur Huldigung des Führers, unten eine der pompösen Feiern am so genannten „Feiertag der nationalen Arbeit“, dem 1. Mai, in der damals so genannten „SA-Siedlung“ am heutigen Franz-Mehring-Platz.

Fotoquelle: Aus der Sammlung Douffet im obigen Buch, Repro: Weiske

tionell den „Kampftag der Arbeiterklasse“ - doch mit dem Beginn des „Dritten Reiches“ sollte nach dem Willen der Faschisten alles ganz anders werden. Deshalb erklärte Hitler den Kampftag der Arbeiterklasse kurzerhand zum Nazi-Feiertag - und zerschlug am Morgen darauf die freien Gewerkschaften. Dafür schuf der Diktator mit der am 10. Mai 1933 gegründeten „Deutschen Arbeitsfront“ die erste totalitäre Einheitsgewerkschaft der Geschichte, da-

und wertete die Veranstaltung als ein Zeichen „völkischer Verbundenheit“. Am nächsten Morgen folgte die andere Seite der Medaille. Im ganzen Land fuhren gegen 10 Uhr Rollkommandos der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation und der SA vor den Gewerkschaftshäusern vor. Die Gebäude wurden gestürmt, die Organisationen aufgelöst, ihr Vermögen beschlagnahmt. Es war das Ende einer freien Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Bereits wenige Tage nach der Machtübernahme durch Hitler wurden die kommunistischen Stadtverordneten aus dem Freiburger Stadtparlament ausgeschlossen. Im Sommer 1933 wurden alle Parteien außer der NSDAP verboten. Die Nazis festigten ihre Macht vor allem durch offenen Terror. In Freiberg wurden zwei so genannte Schutzhaftlager als Terrorstätten

geschaffen: In der Innenstadt Ecke Nonnengasse/Waisenhausstraße und im Porzellanwerk. Dort wurden 38 Antifaschisten - unter ihnen Karl Günzel - grausam gefoltert. Am 19. März durchsuchten Polizei und SA die Parteibüros von KPD und SPD und schlossen sie. Auch in Freiberg wurde Anfang Mai 1933 der Sitz der Gewerkschaftsleitung gewaltsam geräumt, der sich Ecke Nonnengasse/Prüferstraße befand.



**Am 8. März fand in Clara Zetkins Geburtsort Wiederau eine Veranstaltung anlässlich des Internationalen Frauentages statt. Wir dokumentieren im folgenden Auszüge aus der Rede von Falk Neubert, Kreisvorsitzender der LINKEN, aus diesem Anlass. Wir setzen den Beitrag in unserer Mai-Ausgabe fort. Dann steht der Kampf um die Gleichberechtigung der Frau in unserer heutigen Gesellschaft im Mittelpunkt.**

„Im Einvernehmen mit den klassenbewussten politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats in ihrem Lande veranstalten die sozialistischen Frauen aller Länder jedes Jahr einen Frauentag, der in erster Linie der Agitation für das Frauenwahlrecht dient. [...] Der Frauentag muß einen internationalen Charakter tragen und ist sorgfältig vorzubereiten.“

So lautete der Beschluss auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 in Kopenhagen, einen Internationalen Frauentag einzuführen. Die Idee dazu kam aus den USA. Dort hatten Frauen der Sozialistischen Partei Amerikas 1908 ein Nationales Frauenkomitee gegründet, welches beschloss, einen besonderen nationalen Kampftag für das Frauenstimmrecht zu initiieren.

Dieser erste Frauentag in den USA im Februar 1909 war ein voller Erfolg. An diesen Erfolg wollte die damalige Sozialdemokratin und spätere Kommunistin Clara Zetkin, Zeit ihres Lebens Kämpferin für die Frauenrechte, anknüpfen, weshalb sie diesen Antrag damals forcierte. Bereits ein Jahr später – damals noch am 19. März – konnte Clara Zetkin den ersten Frauentag miterleben. Über eine Million Frauen gingen damals auf die Straße und kämpften für ihre Rechte: Die Verbesserung der Lebenssituation, der Doppelbelastung der Frauen als Arbeiterin und Hausfrau, den Arbeiterinnen- und Mutterschutz, für die Verbesserung der harten Arbeitsbedingungen und gegen die im Vergleich zu den männlichen Kollegen weitaus schlechtere

Bezahlung. Sie wollten auch die Verkürzung des Arbeitstages und eine Absicherung bei Krankheit und Arbeitslosigkeit erreichen. Zudem forderten sie endlich ein Wahl- und Stimmrecht für Frauen.

Es war „die wichtigste Demonstration für die Gleichberechtigung der Frau, die die Welt bis jetzt gesehen hat“ schrieb Clara Zetkin ein paar Tage später. Und die Demonstration zeigte ihre Wirkung. Zwar nicht sofort, aber bereits kurz nach dem Ersten Weltkrieg konnte die erste Forderung als erfüllt angesehen werden. Frauen durften ab sofort wählen und gewählt werden. In den folgenden Jahren wurde die Idee des



Internationalen Frauentages in vielen europäischen Ländern aufgegriffen und in den zwanziger Jahren gewann der Internationale Frauentag auch in anderen Kontinenten an Bedeutung. Das änderte sich in den Jahren der faschistischen Diktaturen in Europa, in denen er verboten war.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde im geteilten Deutschland sehr unterschiedlich mit dem Frauentag umgegangen. 1946 führte die sowjetische Besatzungszone den 8. März wieder ein. In der DDR war der Frauentag durch seine Geschichte

geprägt, er hatte zunächst den Charakter einer sozialistischen Veranstaltung und wurde erst in den späten 80-er Jahren festlicher, ungezwungener und weniger ideologisch begangen.

Im Westen veranstalteten Sozialdemokratinnen zwar seit 1948 wieder Frauentage, doch ging die Bedeutung dieses Tages allmählich verloren. Erst die neue Frauenbewegung in den 60-er und 70-er Jahren rückte mit ihrem Engagement den 8. März in der Bundesrepublik und anderen Ländern wieder stärker ins Bewusstsein. 1975 erklärten dann die Vereinten Nationen den 8. März offiziell zum Internationalen Frauentag.

Und auch nach der Wiedervereinigung blieb der Frauentag fester Bestandteil der gesamtdeutschen Kultur. Neben Deutschland und vielen europäischen Staaten wird er weltweit gefeiert. In Ländern wie beispielsweise Aserbaidschan, der Mongolei, der Ukraine oder Vietnam – um nur einige zu nennen – ist der 8. März sogar ein gesetzlicher Feiertag.

In all den Jahren in denen der Internationale Frauentag begangen wurde und in den sich Frauen- und auch Männer- für die Rechte der Frauen eingesetzt haben,

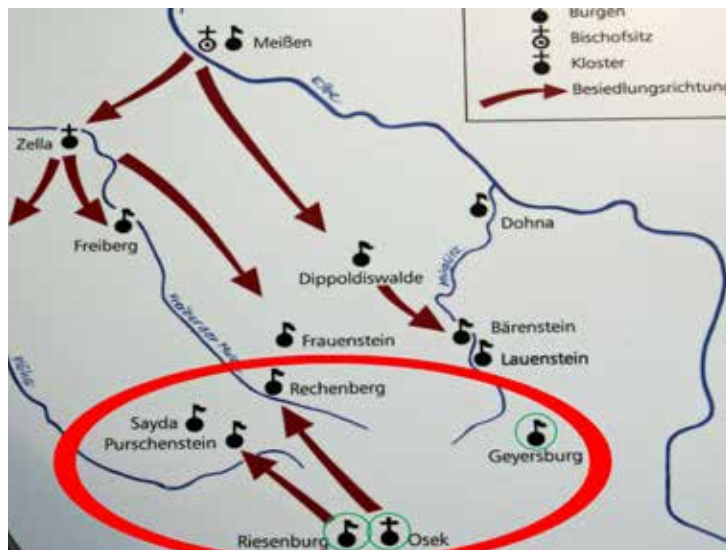
wurde vieles erreicht. Ich möchte nur einen kurzen Überblick geben:

Das Frauenwahlrecht wurde, wie schon erwähnt, eingeführt. Übrigens schon 1906 in Finnland. 1920 beschloss der Reichstag das erststetterschutzgesetz. 1949 wurde die Verwirklichung der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Verfassung der DDR verankert. Zudem wurde in Artikel 18 festgeschrieben, dass Mann und Frau bei gleicher Arbeit das Recht auf gleichen Lohn haben. 1958 wurde in Westdeutschland das sgesetz eingeführt, welches besagt das Frauen ohne Zustimmung des Ehemannes berufstätig sein dürfen, wenn sie dies mit ihren Familienpflichten vereinbaren können. Heute unvorstellbar, dass Frauen für ihre Berufstätigkeit die Genehmigung ihres Mannes brauchen – und das ist erst reichlich 50 Jahre her! Ebenfalls 1958 wurde in den Römischen Verträgen zur Gründung der Europäischen chaft die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen festgeschrieben. 1976 wurde in Westdeutschland im neuen Ehe- und Familienrecht die Pflicht der Frau zur Haushaltsführung formal aufgehoben – auch relativ absurd. Seit 1980 sind gleiches Entgelt und gebungen geltendes Recht. Ab 1986 konnten in der ehemaligen DDR auch Männer das bezahlte Babyjahr in Anspruch nehmen. In Westdeutschland gab es dann ab Ende der 80er Jahre den bezahlten Erziehungsurlaub – heute die Elternzeit. 1997 wurde – längst überfällig – die Strafbarkeit der ehelichen Vergewaltigung eingeführt. Und auch in der Politik nahmen Frauen eine immer herausragendere Stellung ein. Heide Simonis wurde 1993 zur ersten Ministerpräsidentin gewählt, Angela Merkel 2005 zur ersten Bundeskanzlerin und 2010 hatten gab es mit Hannelore Kraft die erste Bundesratspräsidentin. Nur auf die erste Bundespräsidentin müssen wir noch warten.

Wenn man sich diese Erfolge ansieht, könnte man annehmen, dass Frauen und Männer mittlerweile gleichgestellt sein müssten. Doch die Realität sieht anders aus. Frauen sind unterrepräsentiert – im politischen wie auch im beruflichen Umfeld. Viele der Forderungen, die Clara Zetkin und ihre Mitstreiterinnen aufgemacht haben, haben zudem nichts an ihrer Aktualität verloren. Leider !!!

Mit dem heute beginnenden Teil leiten wir das Ende unserer Serie „Episoden aus der Geschichte Mittelsachsens“ ein. Sie hat uns immerhin seit unserer April-Ausgabe 2011 begleitet und skizzierte vor allem die Entwicklung unserer Region im Mittelalter.

Zum Abschluss geht es in unseren drei Ausgaben bis Juni um die Besiedlung unserer „mittelsächsischen Grenzregion“ von Böhmen aus. Dabei steht heute das Kloster Osek (Ossegg) im Mittelpunkt, in unseren Mai- und Juni-Ausgaben kommen die ehemaligen Burgen in Sayda, Purschenstein (Neuhausen) und Rechenberg (Rechenberg-Bienenmühle) zu ihrem Recht.



Nachdem wir uns im März der „Grenzfest“ Frauenstein widmeten, welche die Region aus nördlicher Richtung (von markmeißnerischem Territorium aus) sicherte, sind auf der Kartenskizze diesmal die böhmischen Grenzfesten hervorgehoben. Das Kloster Osek spielte bei der nachfolgenden Besiedlung vom Süden her eine ähnliche Rolle, wie Kloster Altzella aus nördlicher Richtung.

Auf unseren Bildern die Klosterkirche Osek (oben), die Ruine des Bergfrieds der Riesenburg und eine nachempfundene Darstellung der Riesenburg mit dem Wappen der Hrabischitzer.

Das **Kloster der Jungfrau Maria** wurde durch Zisterzienser vom bayerischen Kloster Waldsassen im Jahr 1192 zunächst bei Kadan (Kaaden) gegründet. Am 20. Juni 1196 bestätigte der böhmische Fürst und gleichzeitige Prager Bischof Heinrich Břetislav III. die Gründung. Aber bereits im darauf folgenden Jahr wurde das Kloster nach Osek auf die Güter des Magnaten Slavko von Hrabischitz, des Ahnherren der Herren von Riesenburg, verlegt.

Die erste mittelalterliche Klosteranlage mit der dreischiffigen, spätromanischen Basilika, dem Kreuzgang, der Klausur und zahlreichen Wirtschaftsgebäuden entstand in ihrer Gesamtheit im 13. und frühen 14. Jahrhundert. Die Basilika Mariä Himmelfahrt wurde von 1206 bis 1221 errichtet und nach 1248 gotisch umgebaut. Später wurde sie dem Zeitgeist des Barock angepasst. Die Basilika war eine der größten Klosterkirchen Böhmens und diente auch als Grablege der Herren von Riesenburg. Aus dieser Zeit sind der gotische Kreuzgang und der eindrucksvolle Kapitelsaal erhalten.

Der Stifter des Klosters Osek, Slavko von Hrabischitz, war ein mächtiger Adeliger. Der Name „Hrabischitz“ ist künstlich und neuzeitlich, geht aber auf das Wappen der Stifterfamilie zurück. Zentrales Motiv dieses Wappens ist der „Rechen“ - tschechisch „hrabe“ und kehrt deshalb im Namen des Klosterstifters wieder. Deshalb

ist der Rechen auch Bestandteil des Klosterwappens und des heutigen Stadtwappens der Stadt Osek.

Nordböhmen war ein strategisch wichtiges Gebiet, besonders zum Schutz der bestehenden Handelswege nach Norden (die so genannten Salzstraßen). Deshalb spielte die Adelsfamilie der Hrabischitze bis in die Mitte des 13. Jahrhunderts eine herausgehobene Rolle im böhmischen Königreich. Im Jahr 1230 begannen sie auf dem steil ansteigenden Erzgebirgshang über Osek mit dem Bau der **Riesenburg**, 20

Jahre später wurde er beendet. Seitdem nahmen die Hrabischitzer den Beinamen „von Riesenburg“ an und wurden in den Geschichtsbüchern zu den **Herren von Riesenburg**.

In Zusammenarbeit mit den Mönchen des Kloster Osek begannen die Hrabischitzer von der Riesenburg aus in der 1. Hälfte des 13. Jahrhunderts von Böhmen her mit der Erschließung des Erzgebirgskammes. Im Mittelpunkt dabei: der Bergbau und die Glasherstellung. Ende des 13. Jahrhunderts

gehörten im heute sächsischen Teil des Erzgebirges u.a. Deutscheinsiedel, Seiffen, Neuhausen mit der Burg Purschenstein, Dittersbach, Heidersdorf, Pfaffroda, Sayda mit seiner Burg, Cämmerswalde und Rechenberg mit seiner Burg zur Herrschaft der Hrabischitzer. Danach kam es zu Tausch und Rücktausch zwischen den böhmischen Königen und den Markgrafen von Meißen, bis die Herrschaft 1307 endgültig an den Meißner Markgrafen fiel. 1398 verkauften die Hrabischitzer auch noch ihre verbliebenen Besitzungen in Osek und Dux (Duchcov) an den Markgrafen von Meißen.

Interessant in diesem Zusammenhang, dass Sayda als wahrscheinlich älteste Siedlung im oberen Erzgebirge bereits 1207 als Zollstätte urkundlich erwähnt wurde, welche Abgaben an das Kloster Osek zu entrichten hatte. Begünstigt wurde das durch die ideale Lage an der mittelalterlichen Salzstraße zwischen Halle/Leipzig und Prag.

Mit der Riesenburg vergleichbare Bedeutung hatte auch die **Geyersburg (Burg Kynperk)**, deren Ruinenreste heute auf einer Landzunge oberhalb der Bergstadt Krupka (Graupen) zu finden sind. Hier soll sich schon um 800 eine Grenzwarde befunden haben.

Der im wesentlichen bis heute gültige Grenzverlauf zwischen dem Königreich Böhmen und dem Kurfürstentum Sachsen wurde im Jahr 1459 mit dem **Vertrag von Eger** besiegelt. Damit verblieb die heutige „mittelsächsische Kammregion“ unwiderruflich in Sachsen. (hw)



**kreisvorstand aktuell**

(Redaktion) Die turnusmäßige Beratung des Kreisvorstandes fand am 22. April - nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe - in der Kreisgeschäftsstelle in Freiberg statt und beschäftigte sich mit folgenden beiden Hauptthemen:

- Die **Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen mit dem Kreisverband der LINKEN des Ulm-Donau-Alb-Kreises** (von dessen Anbahnung durch Matthias Matthes und Walter Exner berichteten wir in unserer Februar-Ausgabe). Dazu kommt am 7. und 8. Juni eine Delegation aus Ulm zum Gegenbesuch nach Mittelsachsen.
- Der **Stand der Vorbereitung der Wahlen zum Bundestag** am 22. September. Dazu nahm der Kreisvorstand eine Information zu den Schwerpunkten der Beratung des Wahlstabes am 15. April entgegen. Im Mittelpunkt dabei die Orientierungen des Parteivostandes der LINKEN vom 13. und 14. April zur Vorbereitung der Bundestagswahlen.

Der Wahlstab und der geschäftsführende Kreisvorstand kamen am 15. April zu Beratungen zusammen. Im Wahlstab ging es - ausgehend von der Bilanz der Spendenaktion, die ca. 9.000 Euro Wahlspenden erbrachte - vor allem um die Finanzierung des Wahlkampfes und die dabei zu beachtenden Schwerpunkte. Dabei ist vor allem die Wahlkampfzeitung der LINKEN an die Wähler zu bringen. Weiterhin geht es um Plakate (darunter die an markanten Schwerpunkten aufzustellenden Großplakate), Flyer (darunter der Direktkandidaten Lothar Schmidt und Jörn Wunderlich), Veröffentlichung und Anzeigen in der regionalen Presse sowie den Einsatz von Kleinwerbmitteln.

Die Wahlkampfaktivitäten werden neben dem kreislichen Wahlstab auch dezentral über die drei Altkreise Döbeln, Freiberg und Mittweida koordiniert. So stehen drei Informationsstände mit Aufstellern für aktuelle Informationen und Argumente zur Verfügung, die vor allem in der „heißen Wahlkampfphase“ intensiv eingesetzt werden sollen. Im Mai gibt es den Auftakt mit Info-Ständen in mittelsächsischen Städten. Folgende Termine stehen bereits fest:

- 1. Mai in Mittweida
- 2. Mai in Rochlitz
- 8. Mai in Leisnig (vormittags) und in Döbeln (nachmittags)
- 16. Mai in Freiberg
- 23. Mai in Freiberg

**nach - denken (s) - wert (es)**

**E**s ist nicht genug, zu wissen, man muß auch anwenden. Es ist nicht genug, zu wollen, man muß auch tun.

Johann Wolfgang von Goethe

**E**s gehört oft mehr Mut dazu, seine Meinung zu ändern, als ihr treu zu bleiben.

Friedrich Hebbel

**unsere jubilarer**

**unsere genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !**

**Im monat mai 2013 wird aus diesem anlass gefeiert bei:**



Ute Rimpler	geb. am 02.05.1948,	in Roßwein
Ludwig Brumm	geb. am 05.05.1930,	in Brand-Erbisdorf
Rolf Steinhart	geb. am 06.05.1928,	in Freiberg
Marianne Jucak	geb. am 07.05.1926,	in Geringswalde
Gerd Minkner	geb. am 08.05.1943,	in Erlau
Werner Gunkel	geb. am 12.05.1926,	in Rossau
Ingrid Nestler	geb. am 13.05.1931,	in Frankenberg
Else Lippmann	geb. am 14.05.1918,	in Mittweida
LisetteHätte	geb. am 14.05.1925,	in Flöha
Detlef Henow	geb. am 14.05.1948,	in Rochlitz
Heidemarie Müller	geb. am 18.05.1948,	in Leisnig
Manfred Kommer	geb. am 18.05.1938,	in Seelitz
Marianne Winkler	geb. am 19.05.1927,	in Rochlitz
Anneliese Oehmichen	geb. am 20.05.1938,	in Krummenhennersdorf
Helmut Hantschmann	geb. am 21.05.1932,	in Brand-Erbisdorf
Herta Muster	geb. am 27.05.1925,	in Freiberg
Irmgard Ulbricht	geb. am 27.05.1929,	in Flöha
Irene Wolf	geb. am 28.05.1928,	in Roßwein
Irmgard Müller	geb. am 30.05.1929,	in Döbeln
Eberhard Lohse	geb. am 30.05.1938,	in Geringswalde
Monika Lautenschläger	geb. am 30.05.1948,	in Roßwein

**jahrestage 2013 - monat mai**

- 8. Mai 1838:** In London wird die People´s Charta veröffentlicht, Sie wird zur Geburtsstunde der Chartistenbewegung.
- 23. Mai 1863:** Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) in Leipzig
- 21.-25. Mai 1923:** Gründungskongress der Sozialistischen Arbeiter- und Jugend-Internationale (SAI bzw. SAJ) in Hamburg
- 2. Mai 1933:** Polizei, SA und SS besetzen die Einrichtungen der Gewerkschaft
- 4. Mai 1938:** Carl von Ossietzky stirbt an den Folgen der KZ-Haft
- 15. Mai 1943:** Auflösung der Kommunistischen Internationale
- 1. Mai 1948:** Start zur ersten Internationalen Friedensfahrt
- 14. Mai 1948:** Proklamierung des Staates Israel. Einen Tag später beginnt der Palästina-Krieg
- 23. Mai 1948:** In einem vom 2. Deutschen Volkskongress initiierten Volksbegehren sprechen sich fast 15 Millionen Deutsche für eine unteilbare deutsche Republik aus. Das Volksbegehren dauert bis zum 13. Juni
- 22. Mai 1953:** Martha Arendsee verstorben
- 22.-25. Mai 1963:** Gründungskonferenz der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU)
- 11. Mai 1973:** Ratifizierung des Grundlagenvertrages BRD-DDR durch den Bundestag. Er tritt am 21. Juni in Kraft
- 26. Mai 1993:** Der Deutsche Bundestag verabschiedet das Asylverfahrensgesetz, welches die Asylgewährung einschränkt
- 29. Mai 1993:** Ausländerfeindlicher Brandanschlag in Solingen. Fünf türkische Mitbürgerinnen sterben.
- 4. Mai 1998:** Regelungen zum Großen Lauschangriff

## Terminübersicht

### April 2013:

- 20.04. 10 Uhr *Kommunalpolitischer Tag des kommunalpolitischen Forums e.V. im Landkreis Mittelsachsen  
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“*
- 22.04. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes der LINKEN  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*
- 23.04. 17 Uhr *Wahlplenium des Landesvorstandes Sachsen der LINKEN  
Dresden, Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14*
- 27.04. 10 Uhr **Landesparteitag der LINKEN**  
14 Uhr **LandesvertreterInnenkonferenz zur Wahl der Landesliste zu den Bundestagswahlen 2013**  
*Globana Trade Center Leipzig/Halle in Schkeuditz*

### Mai 2013:

- 01.05. 10 Uhr *Gemeinsame Veranstaltung mit dem DGB in Freiberg und Maiveranstaltungen in anderen Städten im Kreis Mittelsachsen*  
10 Uhr *Mai-Veranstaltung auf dem Markt Mittweida mit MdL **Falk Neubert** und dem Wahlkreisbewerber der LINKEN **Lothar Schmidt***  
14 Uhr *Treff im Waldbad Großer Teich mit Genossinnen und Genossen und Freunden der LINKEN*
- 08.05. *Ehrung der Gefallenen der Roten Armee und der antifaschistischen Widerstandskämpfer  
Freiberg, Himmelfahrtsgasse*  
17 Uhr
- 28.05. 17 Uhr *Wahlplenium des Landesvorstandes Sachsen der LINKEN  
Dresden, Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14*
- 31.05. bis 02.06. **Fest der LINKEN**  
*Berlin, Rosa-Luxemburg-Platz*

### Juni 2013:

- 03.05. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvostandes der LINKEN  
Kreisgeschäftsstelle Freiberg, Roter Weg 41*
- 14.06. bis 16.06. **Bundesparteitag der LINKEN**  
*Dresden, Kongresshalle*

## Neues Zeitungsprojekt der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag

von unserem Redaktionsmitglied  
Peter Zimmermann



Das „Parlament von Links“ wird in seiner bisherigen Form in diesem Jahr durch die Zeitung LiL ersetzt. Die neue Zeitung heißt Links im Landtag - kurz LiL und erscheint erstmals in Frühsommer dieses Jahres. Sie entspricht dem Format einer Zeitung und wird an alle Haushalte in Sachsen verteilt. LiL ist wie pvl kostenlos und hat ein Auflage von 1,8 Millionen. LiL wird acht Seiten haben, davon wird eine Doppelseite parlamentsbezogene LINKE Themen widerspiegeln, eine Doppelseite landespolitische Themen aufgreifen, die Titelseite mit einem Aufmacher-Text bestückt und die Rückseite als „bunte Seite“ mit einem Preis-Kreuzworträtsel ausgestaltet. In ein- und derselben Ausgabe variiert der Inhalt der inneren Doppelseite, und zwar genau 13 Mal - für jeden Landkreis und jede kreisfreie Stadt, d.h. die innenliegende und somit am leichtesten herausnehmbare Doppelseite soll regionalisiert werden. Geschrieben werden diese Seiten von den MdL der betreffenden Landkreise bzw. der betreffenden Stadt, wobei dann auch Themen aufgegriffen werden können, die regional begrenzt sind, jedoch von den LINKEN vor Ort begleitet werden und bezüglich derer sich der jeweilige MdL auch parlamentarisch engagiert!

### Neue Themenreihe des nd

Mit dem Dossier „Aufklärung gegen Rechts“ startet die Tageszeitung „neues deutschland“ eine neue, 52-seitige Themenreihe im Magazin-Format. Es enthält Fakten und Grafiken zur Aufklärung gegen Rechts und stellt Informationen rund um die Opferberatung und Initiativen gegen Neonazis zusammen. Es kostet 3,50 Euro und ist am Kiosk erhältlich.

#### ONLINE BESTELLEN:

[www.neues-deutschland.de/shop](http://www.neues-deutschland.de/shop)  
E-Mail: [shop@nd-online.de](mailto:shop@nd-online.de)

neues deutschland  
DRUCK VON LINKS

Wir trauern gemeinsam mit den Angehörigen um unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen:

**Ilse Seidel aus Döbeln**  
**Joachim Amme aus Oederan**  
**Fritz Schwarz-Kuhtz aus Freiberg**  
**Werner Ulbricht aus Oederan**  
**Paul Zeugner aus Mittweida**

Wir werden ihnen stets unser ehrendes Gedenken bewahren.



### Rochlitz wird bunter - und eine linke Stadträtin mischt kräftig mit!

Am 14.04.2013 konnte in Rochlitz ein gemeinsames Projekt der Stadtverwaltung Rochlitz, der Mittelschule „An de Mulde“ und des „Johann-Mathesius-Gymnasiums“ unter professioneller Anleitung vom Verein „Spike“ aus Dresden realisiert werden. Angeschoben wurde das Ganze von **Jana Lang (Stadträtin Fraktion „Die Linke“)**. Statt Schmierereien und Sachbeschädigungen konnte durch Jugendliche kreativ ein tolles Graffiti entstehen. Nach einem Tag Theorie und Vorbereitungsarbeit entstand bei herrlichem Frühlingswetter das tolle Bild. Unter dem Motto „Rochlitz wird bunt“ konnten sich die Jugendlichen bei der Gestaltung einer vorher grauen Mauer selbst einbringen.